

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Insertate pro Gehaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg.

Reklamenzeile 1.— M.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Scherb.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18

Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.

Telephon Nr. 80.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Scherb in Braubach.

Postkassens Nr. 7696 Braubach-Main.

Bankkonto: Kassische Bankbank.

Bezugspreis

monatlich 3.— Mark.

durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mark.

von außerhalb frei ins Haus geliefert 9,45

Nr 262

Braubach a Rhein, Dienstag, den 7. Dezember 1920.

30. Jahrgang.

Zeitung für eilige Leser.

Ministerpräsident Kaas erklärte, die griechische Regierung sei fest entschlossen, den Feldzug in Kleinasien fortzusetzen. Jede Zusammenarbeit mit Venizelos sei aber ausgeschlossen.

Nach Meldungen aus London ist es nicht ausgeschlossen, daß Ende Dezember eine neuerliche Zusammenkunft zwischen Lloyd George und dem Grafen Sforza stattfinden wird.

Die Nationalisten haben von den Sowjets 30 Flugzeuge, 20 Panzerautos und viele Kanonen erhalten und sammeln sich an der Front von Smid und Smyrna zu einer großen Offensive gegen die griechischen Truppen.

König Konstantin hat für den Fall, daß er nach Griechenland berufen werden sollte, beschlossen, sich sofort nach Smyrna an die Front zu begeben, um persönlich den Feldzug zu leiten.

Finanzpolitik und Bolschewismus.

Staatsminister a. D. Dr. Helfferich, M. d. R., hat in der „Deutschen Tageszeitung“ einen längeren Artikel über die Finanzpolitik und die Vermögensfrage veröffentlicht, der scharf die Erzberger'sche Steuerpolitik kritisiert und auch die bekannten habenheftigen Rede im Reichstagsausschuß des Reichstages kritischen Betrachtungen unterzieht. Besonders bemerkenswert ist folgender Passus:

Bei der Beratung der Novelle zum Reichsnotopfergesetz hat der Reichsbankpräsident im Steuerausschuß des Reichstages ausgeführt: „Wenn die Defizitwirtschaft des Reiches und die Papiergeldinflation so weiter geht, dann kommen wir in der kürzesten Zeit zu ökonomischen, ja, zu politischen Verhältnissen.“ Der Reichsbankpräsident hat mit jenem Worte recht. Seine Warnung verdient in den weitesten Kreisen Gehör und in ihrer ganzen Bedeutung verstanden zu werden. Russische Verhältnisse heißt bolschewistische Verhältnisse. In der Tat führt die heutige deutsche Finanzpolitik geradezu geraden Wegs in den Bolschewismus hinein. Der verwandtschaftliche Weg ist in der nachrevolutionären Finanzpolitik mit einer geradezu fröhlichen Leichtfertigkeit betreten worden. Am achten Juli des vorigen Jahres hat der damals zum Reichsfinanzminister ernannte Herr Erzberger in seiner Programmsrede förmlich ausgesprochen: „Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister.“ und weiter: „Ein großes Stück Sozialisierung ist allerdings in den wenigen Monaten der jungen deutschen Republik bereits unternommen worden“, und als die größte Sozialisierung, die die Welt kennt, hat er dabei das Fallen des Geldwertes bezeichnet. Unter „Sozialisierung“ versteht heute ein jeder, was er will. Herr Erzberger hat in der durch die Geldentwertung bewirkten „Sozialisierung“ offenbar einen Vorgang verstanden, der wichtiger als „Bolschewismus“ bezeichnet wird. Denn die Wirkung der Geldentwertung ist die Auflösung der Sparvermögen, auf denen unser Mittelstand ruht; ist die Verelendung der kleinen Rentner und Pensionäre; ist das ewige Wettrennen zwischen Preisen und Löhnen, bei dem die Preise immer wieder die Löhne um einige Pfennige schlagen; ist damit die Verelendung der Arbeit und Unzufriedenheit in den breitesten Schichten unserer Bevölkerung, die in Verleumdung der wahren Ursachen der Preissteigerung jeder Aufhebung gegen die gesellschaftliche Ordnung ausfällt. Die Geldentwertung aber ist die unmittelbare und unvermeidliche Folge der Defizitwirtschaft des Reiches. Denn das Loch des Defizits wird nacheinander anderer Mittel ausgefüllt durch die Erzeugnisse der Rentenpresse, und die Verelendung des Papiergeldumsatzes — Monat für Monat um mehrere Milliarden, — setzt sich dann fort, um in eine entsprechende Entwertung des Geldes und Steigerung der Preise. Die Zertrümmerung des Reiches, wie sie sich schon als Folge der Geldentwertung erweist, wird verabschiedet und beschleunigt durch die Steuererhöhung der Nationalversammlung, die das deutsche Volk noch lange nicht in ihrer ganzen Tragweite begriffen hat. Ich will nur den wesentlichen Punkt hervorheben: Unsere Steuern schöpfen nicht nur bis zur Grenze des Möglichen den laufenden Ertrag der Volkswirtschaft, der sich für den Einzelnen in seinem Jahreseinkommen vergrößert, sondern sie zehren auch in geradezu verhängnisvollem Umfang an der Vermögenssubstanz. Das gilt für die sogenannte „Kriegsvermögenswachstumssteuer“, die Vermögenserhebungen wegsteuert, die in Wirklichkeit gar keine Vermögenszunahmen sind, sondern nur das Spiegelbild der Geldentwertung. Wenn der Geldwert auf ein Zehntel seines früheren Bestandes gesunken ist, dann ist jemand, der früher 100 000 Mark hatte und heute 200 000 Mark hat, nur

scheinbar doppelt so reich als früher; in Wirklichkeit ist seine Kaufkraft — und auf die Kaufkraft kommt es allein an, — nur ein Fünftel so groß wie früher. Trotzdem unterliegt er der scharfen Besteuerung durch die „Kriegsvermögenswachstumssteuer“. Das Reichsnotopfer, das jetzt, entgegen dem ursprünglichen Gesetz, sofort eingezogen werden soll, ist ein reiner Zugriff auf die Vermögenssubstanz, und zwar mit Zinsen, die bis auf 65 vom Hundert durchgezinst sind. Die Erbschaftsteuer erfasst die Erbschaften sogar der Ehegatten und Kinder mit Zinsen, die bis 30 v. H. durchgezinst sind.

Auch die Einkommensteuer erstreckt sich infolge der übertriebenen Wertschätzung des Einkommensbegriffes auf Einkommen, die in Wirklichkeit nicht Einkommen sind, sondern realisierte Vermögenssubstanzen. Die bis auf 60 v. H. durchgezinsten Sätze der Einkommensteuer sind zudem ein hartes Hindernis für die Neubildung von Kapital. Durch die nachrevolutionären Steuererhöhungen wird also schrittweise das deutsche Volkvermögen eingezogen und in den ins Uferlose gewachsenen Ausgaben des Reiches atomisiert und pulverisiert. Eine Verarmung und Verelendung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit ist die notwendige Folge. Am Ende des Weges steht der Bolschewismus. Der finanzielle Zusammenbruch wird zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und bürgerlichen Zusammenbruch werden, wenn nicht noch in letzter Stunde die Einsicht Platz greift, daß es ohne Verzicht auf die Wirtschaft und ohne Kapitalvermögen keine Vertriebsmöglichkeit gibt; daß der Arme nicht reicher, sondern nur ärmer wird, wenn man den Wohlstand zerstört und die Möglichkeit zu Wohlstand zu kommen, vernichtet; daß uns nicht die Zertrümmerung und Aufhebung des Bestandes sondern nur die Steigerung und Erzeugung retten kann.

Der Völkerbund.

Die Vollversammlung des Völkerbundes führte gegen die Stimme Argentiniens zur Annahme des Antrages der ersten Kommission, d. h. zur Ablehnung der kardinialen Abänderungsanträge. Allerdings wurde ein mildernder Zusatz angehängt, der die Anträge einer Kommission überweist, die der nächsten Vollversammlung nochmals Bericht erstatten wird.

Bourgeois-Frankreich griff aus Mottas Rede den Satz heraus, in dem dieser erklärte, daß nicht in den Friedensvertrag einmischen zu wollen. Er drückte seine Zufriedenheit darüber aus und erklärte, daß in der Tat der Friedensvertrag eine Angelegenheit der ehemaligen Kriegführenden sei, daß er nicht abgeändert werden dürfe und daß der Völkerbundspakt durchaus nicht losse, sondern nur eng mit dem Friedensvertrag verknüpft sei, so daß die Signaturmächte des Friedensvertrages von Versailles an dem Pakt festhalten müßten.

Auch Volsout-England betonte, daß der Völkerbundspakt einen Teil des Versailler Friedensbundes, der gegenwärtig nicht abgeändert werden könne. Der Völkerbundrat erhält den Auftrag, auf der nächsten Tagung Vorschläge zu machen.

Sagerup-Norwegen erklärte sich einverstanden.

Costa-Portugal bestritt, daß man den Völkerbundspakt nicht schon jetzt ändern könne.

Bundespräsident Motta erklärte zum Schluss, die Schweiz wolle nur aus Opportunitätsgründen in die Verschönerung der Anträge ein. Die Schweiz lege größten Wert darauf, daß der internationale Gerichtshof obligatorisch werde. Ein Grund, daß der Völkerbundspakt noch nicht abgeändert werden könne, weil er einen Bestandteil des Friedensvertrages bilde, könne die Schweiz nicht als berechtigt anerkennen, denn die Verbindung des Völkerbundpaktes mit dem Versailler Vertrage sei nur eine rein äußerliche Sache.

Erst Klärung, dann Entscheidung.

Was hat man zurzeit unter Sozialisierung zu verstehen?

Gegenwärtig beherrscht das Verlangen nach Sozialisierung unser politisches Denken. Die Roten, in die uns die Kriegsfolgen gebracht haben, hat ein tiefes Sehnen nach einer durchgreifenden Veränderung unserer Verhältnisse in uns aufkommen lassen. Nur andere? „Schlechter kann's ja nicht mehr werden!“ So war's beim Kriegsausgang, so war's bei der Revolution, und trotz all der schlechten Erfahrungen mit den damaligen Ergebnissen ist auch heute alles wieder auf eine ganz große Veränderung bedacht. Die Sozialisierung ist es dieses Mal, die uns Erlösung bringen soll. Da ist es doch wohl nicht zu umgehen, die verschiedenen Inhalte dieses Wortes an uns vorübergehen zu lassen, um einen Boden für ein Urteil zu gewinnen.

Eine für die öffentliche Meinung in Deutschland grundlegende Auslegung des Wortes „Sozialisierung“ bedeutet das sozialdemokratische Erfurter Programm von 1891. Darin ist die Rede von der

„Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben, Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum“.

Und an anderer Stelle kürzer: „Übertragung der Produktion

„Kontrolliert in den Händen der Gesamtheit.“ Das einmal soll also zugunsten der „Gesamtheit“, das andererseits zugunsten der „Gesamtheit“ sozialisiert werden. Beide Begriffe sollen sich also decken.

Wer sind nun diese „Gesamtheit“ oder „Gesamtheit“? Nach der alten Auffassung der Sozialdemokratie wohl die ganze Menschheit, das „internationale Proletariat“. Nach den bisherigen Sozialisierungsversuchen in der Praxis jedoch der Staat. Auch der Kommunist Otto Neurath, der unter der Münchener Räterepublik die Sozialisierung in Bayern betrieb, dachte nur an die Sozialisierung innerhalb des Landes. Bei einem solchen Sozialisierungsversuche würden die Bewohner eines von Natur oder mit besonderer Andeutung Köpfen gesonderten Landes sich besser stellen als die anderen Länder. Aber das geht doch nicht so weit wie das, was z. B. die Arbeiter der preussischen Westfalengruben verlangen. Deren Verlangen geht auf Überführung der Gruben in den Besitz der beteiligten Arbeiter. Diese preussischen Staatsarbeiter arbeiten auf einem Werke, das bereits dem Staate gehört. Sie wollen aber mehr, sie wollen, daß das Werk in ihren eigenen Besitz übergeführt werden soll. Das ist kein Sozialismus mehr, das ist eine Art Arbeiterkapitalismus, bei dem der eine Arbeiter dem anderen in der Rolle des Kapitalisten gegenübersteht. Darum lehnt auch die Sozialdemokratie diese Form der Sozialisierung ab.

In diese zweite Kategorie der Sozialisierung zugunsten der auf einem Werke beschäftigten Arbeiter gehören auch die Bestrebungen, die sich bei den Elektrizitätswerken in Berlin gezeigt haben. Auch dort handelt es sich um bereits sozialisierte Werke; die entscheidenden Leiter dieser Unternehmungen ist die linkssozialistische Stadtverwaltung in Berlin. Mit ihr sind die beteiligten Arbeiter unzufrieden und wollen sich nun selber zu Leitern gemeinschaftlichen Werke machen. Das Ergebnis ist, daß diese Arbeiter, die bei diesem Werke zufällig Beschäftigte sind, durch eben diesen Zufall zu Herren der ganzen Gemeinde geworden und den anderen Arbeitern nach eigenem Gutdünken die schwersten Lasten auferlegen könnten.

Die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gemeinden, die dritte Art der Sozialisierung, ist schon recht lange in Anwendung. Sie hat größere Bedeutung erlangt bei solchen Unternehmungen, die sich ihrem Wesen nach auf den Bereich der betreffenden Gemeinde beschränken und die ihrer Art nach mehr Verwaltung als Produktion erfordern.

In der letzten Zeit ist eine ebenfalls schon recht erheblich reprozierte Sozialisierungsart reger besprochen worden: die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Arbeiter durch Kauf. Solche Versuche sind bei einer Reihe von besonders geeigneten Unternehmungen mit großem Erfolge gemacht worden. So haben politische Parteien wiederholt mit gutem Resultat sich Parteibürokratien errichtet. Die meisten sozialdemokratischen Organe werden ja in Druckereien hergestellt, die von den Mitteln der sozialdemokratischen Arbeiter errichtet worden sind. Seifenfabriken, Kaugummiabriken und ähnliche Anlagen sind von den Konsumvereinen begründet worden. Alle diese Unternehmungen sind aus den eigenen Mitteln der Arbeiter geschaffen worden. Da ist nun angeregt worden, die Arbeiterchaft solle auch in die Lage versetzt werden, sich nach und nach eine größere Anzahl von Anteilen der Industrieunternehmungen zu erwerben, also die Werke auf dem Ankaußwege sozialisieren. Die Sache sieht nun, wenn man ihr von der rechtlichen Seite beizukommen sucht, also aus: Die Jahresarbeitelöhne der wirtschaftlichen Gesellschaftsunternehmungen — nur bei diesen liegt eine Statistik vor — machen etwa 100 bis 200 % des Anlagekapitals aus. Wenn also die Arbeiter 4 bis 5 Jahre lang täglich 10 % ihres Lohnes in einer gemeinsamen Kasse annehmen würden, dann könnte sie so viele Anteile in ihren Besitz bringen, daß sie den Unternehmern die Mehrheit in der Gesellschaft und damit das Mitbestimmungsrecht entziehen könnten. Die Unternehmeranteile würden damit in erheblichem Grade entwertet werden; jedenfalls könnten die Arbeiter selber über die Gestaltung des Werkes entscheiden. Da die großen Unternehmungen durchweg in Gesellschaftsform betrieben werden, die Anteile also an der Börse lauffähig sind, ist dieser Weg in der Praxis jedenfalls ohne weiteres gangbar. Inwiefern die Allgemeinheit sich dabei zu freuen würde, ist nicht erörtert worden. Die Arbeiter, die die Herrschaft in ihrem Werke in die Hände bekommen würden, würden vermutlich in ihrem Interesse, aber mit einiger Sachkunde, Gebrauch davon machen, während bei einer Verstaatlichung die Herrschaft in die Verwaltung von den Vertretern der Allgemeinheit ohne besondere Sachkunde von Rostkern auszuüben werden müßte.

Es wird sich bei diesen Vorurteilen natürlich jeder nach seinem Parteilstandpunkt ein Urteil bilden. Daß das in diesem Falle nicht so einfach ist, ergibt sich aus der Mannigfaltigkeit der Möglichkeiten augenfällig. Die Möglichkeiten sind ebenso mannigfaltig, daß man aus der parlamentarischen Geschichte der Vermutung schöpfen darf, die Sache werde durch ein Kompromiß erledigt werden.

Eine neue Rede Lloyd Georges.

Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George in seiner Rede auf dem Essen des Verbandes britischer Industrieller: Die europäischen Länder helfen sich nur durch die Danknotenpresse weiter. Aber niemand kann dauernd einen Sack Papier auf dem Rücken tragen. Europa ist auf dem Wege zum Bankrott. Es kann nicht laufen und nicht verkaufen. Das beste Mittel ist Frieden und die Männer müssen vertilgt werden, die in der Welt mit Petroleumkannen umhergehen und die Feuer des Krieges und der Unruhen schüren.

Der tschechische Kleinrieg gegen die Deutschen.

Auch kleinste tschechische Vorfälle kennzeichnen trefflich den fest im tschechischen Volke wachenden Deutschenhaß. Der tschechische Grenzschutz — Da erscheint vor der Prager Protokommission ein Rumäne und bringt, weil er der tschechischen Sprache nicht mächtig ist, sein Gehehen deutsch vor. Er wird angefahren, daß man hier nicht deutsch zu sprechen hat. Rasch entschlossen spricht er französisch. Es entsteht eine Verlegenheitspause. Nach einer Weile sagt dann der Leiter der Kommission: „Also sprechen Sie deutsch.“ Jetzt war die deutsche Sprache gut. — Die Badeverwaltung in Karlsbad, einer Stadt, deren deutscher Charakter die Tschechen selbst nicht anzuzweifeln vermögen, wird aufgetragen, die Karlsquelle umzutauften, da man im tschecho-slowakischen Staate durch nichts mehr an den Habsburger Kaiser Karl erinnert sein wolle. Erst die Einwendung, daß ja die Quelle ihren Namen nach Kaiser Karl dem IV., der auch König von Böhmen war, trage, also nach einem Kaiser, der auch der Prager kleineren Brücke und der Stadt Karlsbad selbst den Namen gegeben hat, bewirkte eine Zurücknahme der Anordnung. — In einer kleinen Stadt Mährens, in Prohnitz, wird ein eingekerkelter, versiegelter Brief ausgegeben. Die Besörde nimmt den Brief nicht an, weil das Siegelzeichen den Habsburgischen Doppeladler trägt. Erst nachdem der Aufseher nachweist, daß das Siegelzeichen mit einer Zwanzigstellersmünze gemacht ist, beruhigt sich der hochgradig national gefühlte tschechische Postbeamte.

Verhaftung aller Mitglieber der Sinnfeiner-Armee.

Der Staatssekretär für Irland, Greenwood erklärte im Unterhaus, daß die Regierung entschlossen sei, sämtliche Mitglieder der Sinnfeiner-Armee verhaften und internieren und wie Kriegsgesangene behandeln zu lassen. Alle Militärartikel, die zum Transport der Patronen verwendet werden, sollen mit Maschinengewehren ausgerüstet werden.

Einer Renotermeldung zufolge wurde der Plan der Sinnfeiner, irgendein Nordengland besetzendes Mittel des Rabinetts zu entführen, durch die Wirksamkeit des englischen Geheimdienstes vereitelt. Die Verschwörer flohen. Eine vom Geheimdienst unternommene Durchsuchung eines Lagerhauses in Zentral-London führte zur Entdeckung eines wahren Arsenal von Revolvern und anderen Waffen.

Schwierigkeiten in Barcelona.

Der Gouverneur von Barcelona ließ 300 verhaftete Sozialisten nach Mahon (Balearen) bringen. Pressevertretern gegenüber erklärte er, die bisher vorgenommenen Verhaftungen hätten die Terroristen ruhig gemacht. Innerhalb weniger Tage würden weitere Maßnahmen erfolgen, die mit den Attentaten ganz auskommen würden. Die sehr unerwartlich gehaltenen Erklärungen des Gouverneurs haben anscheinend einen großen Eindruck hervorgerufen.

Entgegen dieser Zuversicht fand aber ein Rum auf die Banken statt, der anscheinend durch Devisenspekulationen hervorgerufen war und Zahlungsschwierigkeiten zur Folge hatte. Mit Rücksicht auf die Gesamtlage Kataloniens und den Zustand des Fiskus riefen diese Vorgänge Erregung hervor. Ein außerordentlicher Ministerrat beschloß das Einpreisen der Bank von Spanien, wodurch die erforderlichen Garantien gegeben würden. Man hofft, daß durch das Einpreisen der Bank Beruhigung geschaffen wird. Die Presse tritt immer mehr dafür ein, daß die von Spanien Frankreich gewährte Anleihe in Teilbeträgen zurückgezahlt werde. Diese Zahlungsschwierigkeiten sollen besonders der Besserung des Fiskaldefizits dienen.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Schäfer.

(Nachdruck verboten.)

Punkt 5 Uhr hatte Niemann sich bei dem Herrn Grafen melden lassen, der heute ganz ungemein lebenswürdig und leutselig war. Ja, es lag fast etwas Freundschaftliches darin, wie er ihm die Hand schüttelte und ihn vertraulich neben sich in die Sofaecke zog. Es mußten geschäftliche Dinge von ungeheurer Wichtigkeit zu besprechen sein, daß der Herr Graf mit ihm, der ihm ja so blind ergeben war, so außergewöhnlich viel Umstände machte.

Hören Sie — lieber Niemann, sagte Bruno, nachdem er seinem Besuch das Glas voll alten Madeira gegossen, ich habe heute was ganz Besonderes mit Ihnen zu besprechen, eine ganz diskrete Angelegenheit, die mit unseren Geldgeschäften eigentlich gar nichts zu tun hat. Herr Graf können sich doch gemäß auf meine Diskretion verlassen, flüsterte Niemann devot.

Das weiß ich, das weiß ich, Niemannchen, eben deshalb habe ich mich ja gerade an Sie gewendet. Ich habe mich unter all meinen Bekannten umgesehen, aber ich wußte niemand, auf den ich mich so unbedingt verlassen könnte, wie auf Sie. Ich suche auch heute nicht den Geschäftsman in Ihnen, sondern mehr den alten ergebenen Freund!

Niemann errödete wie eine Braut bei dieser unerwarteten, für ihn mehr als schmeichelhaften Bezeichnung, denn er hatte bisher zu der genialen Verworfenheit, zu der struppelosen Arglist seines Herrn und Meisters mit so anverhöhlener Verwunderung aufgesehen, daß es ihn jetzt geradezu beschämte, als er so herablassend zu ihm, der bisher nur immer seine ausführenden Hand gewesen war, niedersah. Der gute Niemann war eine Mittelschöpfung zwischen Hund und Hyäne und erschrak nun förmlich, daß der Löwe mit ihm herab sah.

Es ehrt mich, Herr Graf, stotterte er, es ehrt mich ungemein, und ich werde gewiß bemüht sein, Ihr Vertrauen zu verdienen.

Ich verlange nichts umsonst, Niemann, das wissen

Um die Abstimmung über Oberschlesien.

Der Reichspräsident und der Reichskanzler erlassen folgenden Aufruf zur Grenzspende:

Der Tag der Abstimmung über Oberschlesien naht heran. Allen Oberschlesiern muß die Beteiligung an der Wahl ermöglicht werden. Große Mittel sind dazu erforderlich. Noch einmal ergeht der Ruf an die freiwillige Liebestätigkeit, die mit durch die Hilfe aller deutschen Land dem Deutschen Reich erhalten bleibt. An der Opferbereitschaft des deutschen Volkes mögen die Oberschlesier erkennen, daß das Vaterland an ihnen hängt. Sie mögen daraus neuen Mut zu freiem Verhalten schöpfen. Umso einmütiger werden sie ihre Stimmen für das Deutsche Reich abgeben, je sichtbar hinter ihnen der Wille des deutschen Volkes steht. Der Ausdruck des Willens ist die Tat. Zu solcher Tat bietet die Sammlung zur Grenzspende Gelegenheit. Keiner darf fehlen, wo es gilt, der Heimat die Treue zu beweisen.

Die Botenkonferenz in Berlin.

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir: Die Zusammenkunft der deutschen Botschafter aus London, Paris und Rom in Berlin hat zu den verschiedenartigsten Gerüchten Veranlassung gegeben. Besonders knüpft sich an das Eintreffen des Botschafters von Behrenberg-Wohler in der Reichshauptstadt die Vermutung, daß Herr von Behrenberg wegen seiner Äußerungen über die diplomatischen Schwierigkeiten beunruhigt sei und nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde. In Wirklichkeit liegt der Grund für die Zusammenkunft darin, daß bei den zurzeit herrschenden außerordentlich erschwerten Verhandlungsverhältnissen — Telefon und Telegraph sind häufig Störungen ausgesetzt — eine enge persönliche Fühlungnahme über die wichtigsten schwebenden Fragen notwendig sei, denn es erhebt sich Herr von Behrenberg-Wohler wird nach Beendigung der Konferenz nach Rom zurückkehren.

Die Sowjetregierung unterstützt die Ausbeutung Rußlands durch ausländisches Kapital.

In Moskauer Zeitungen wird ein auffeuerndes Dekret des Rates der Volkskommissare veröffentlicht, das die Verteilung von Konzessionen für Staats- und Kommunalbetriebe, Aktiengesellschaften im Auslande, Privatunternehmungen, Arbeiterorganisationen und Konsumgenossenschaften zur Ausbeutung und Rußlandwirtschaft der Reichthümer Rußlands betrifft. Es liegen dem Dekret zufolge eine Reihe bekannter Vorschläge von ausländischen, vor allem amerikanischen Kapitalisten vor, die sich auf die Ausbeutung der Felder und Wälder Rußlands und die Art der Organisation bestimmter industrieller Unternehmungen beziehen. Die Sowjetregierung macht bei Konzessionserteilung wertvolle Zugeständnisse: 1. Konzessionsinhaber werden entlohnt durch entsprechenden Anteil an der Ausbeute und Ausfuhrerzeugung. 2. Bei Anschaffung von Maschinen usw. werden Privilegien für den Handel zugestanden. 3. Die Frist der Konzessionen wird entsprechend lang bemessen. 4. Das Eigentum des Inhabers der Konzession soll weder nationalisiert, requiriert noch konfisziert werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die deutsche Regierung lehnt den Vorschlag der Entente ab.

Die wir hören, wird sich das Kabinett sobald als möglich mit der neuen Entente über die Abstimmung in Oberschlesien beschäftigen. Die deutsche Regierung wird, worüber kein Zweifel bestehen kann, den Ententevorschlag unter Hinweis auf seine rechtliche Unhaltbarkeit ablehnen müssen.

Chinesen zur Bewachung des Kreml.

Wie aus Helsingfors gemeldet wird, trafen in Moskau 400 Chinesen aus der Mandchurie ein, die ein Sonderregiment zur Bewachung des Kreml bilden sollen.

Auch Polen rührt sich.

Ein Funkpruch aus Warschau meldet, die Londoner Regierung will, daß die auszuwandernden Oberschlesier in einer Stadt des besetzten Rheinlandes ihre Stimme abgeben.

Sie. Diese geschäftliche Seite hat die Sache doch. Ich weiß, daß Sie gern Geld verdienen, und daß Sie außerordentlich zuverlässig sind. Bei der Sache sind fünftausend bis sechstausend Mark für Sie zu verdienen. Also passen Sie mal auf!

Wollen Sie mir bitte sagen, um was es sich handelt. Wenn ich nicht Gefahr laufe, mich und meinen geschäftlichen Ruf nach irgend einer Richtung dabei zu kompromittieren —

Das ist ausgeschlossen, wenn es Flug angeht, wird, fuhr Bruno fort, die Sache ist nur ein wenig kompliziert. Es handelt sich diesmal darum, einen Menschen, der mir im höchsten Grade uneben ist und der mir und vielleicht auch sogar Ihnen gefährlich werden könnte — wie soll ich mich richtig ausdrücken?

Wie es Ihnen beliebt, Herr Graf. Je deutlicher Sie sich ausdrücken, desto leichter werde ich Sie verstehen, entgegnete Niemann leise und hielt dabei die Blicke auf ein Brotkrümchen geheftet, das er geräuschlos vom Tischtuch entfernt hatte und zwischen den Fingern hielt.

Nun gut. Also sagen wir, es handelt sich darum, diesen Menschen aus meinem Lebenswege zu entfernen, daß die Möglichkeit eines Wiederbegegners ausgeschlossen ist. Niemann nickte nur und Bruno fuhr fort, indem er sich in der Sofaecke zurücklehnte und nachdenkend die Augen schloß.

Ich könnte und müßte die Sache zwar selbst unternehmen, aber leider zwingen mich meine Geschäfte, heute nacht schon abzureisen. Ich muß Sie also bitten, in dieser Angelegenheit mich und meine Interessen zu vertreten. Wie Sie das Resultat erzielen, ist mir völlig gleich und bleibt ganz Ihnen überlassen. Sie werden ja mit gewohnter Klugheit so vorgehen, daß jede Kollision mit dem Gesetz ausgeschlossen ist und bleibt.

Und doch muß der Mensch verschwinden! sagte Niemann leise. Immerhin eine recht schwierige Aufgabe, die mit 5000 Mark kaum bezahlt sein dürfte, Herr Graf, um so mehr, da voraussichtlich bedeutende Spesen damit verknüpft sein werden.

Diese Spesen zahle ich Ihnen extra — selbstverständlich — und habe gleich dabei auf dieselbe Summe gerechnet, die ich zu beliebiger Verwendung in Ihre Hände

Hiermit kann sich die politische Regierung nicht einverstanden erklären, weil die im Abstimmungsgebiete Wohnenden die Identität der Stimmabgeber nicht prüfen sowie Bestrafung und Mißbräuche nicht verhindern können.

Die Durchsuchung nach Waffen.

Die in Berlin auf Grund der Anordnung des Reichs, entwaffnungskommissars vorgenommenen Durchsuchungen haben eine größere Anzahl verdeckt gehaltener Waffen und Munition zutage gebracht. Die Durchsuchungen sollen jetzt mit einem größeren Beamtenaufgebot fortgesetzt werden.

Demission des ungarischen Kabinetts.

In der Sitzung der Nationalversammlung teilte Ministerpräsident Graf Teleki mit, daß die Regierung dem Reichs, verwehre ihre Demission anzuhaben. Diese wurde angenommen und das Kabinett bis zur Lösung der Krise mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt. Die Nationalversammlung wurde hierauf bis zur Bildung der neuen Regierung vertagt.

Um die Cuxhavener Schinesforderungen.

Die Truppen von Cuxhaven haben eine Kommission nach Berlin entsandt, um eine Minderung der den Festungskommandanten betreffenden Schinesforderung zu erwirken. Die Härte der Forderung plant eine Vertrauensstundgebung für den Kommandanten.

Das „Bayerische Vaterland“.

Das „Bayerische Vaterland“, das durch die Unwichtigkeit seines Bearbeiters und frühen Redaktions des Preussenspreßers Stal in weiten Kreisen bekannt ist, soll vom ersten Januar ab zu einem großen Blatt ausgebaut werden, dessen Redaktionsrat der zum Katholikismus übergetretene und durch Aloisiarandlungen bekannt gewordene Freiher von Kramers-Melt ist. Das Blatt soll die Anschauungen der Kreise des katholischen Bayern vertreten, die mit der Abplitterung von der Zentrumspartei nicht einverstanden sind.

Keine militärische Aktion gegen d'Annunzio.

Mailänder Blättermeldungen zufolge steht eine unmittelbare militärische Aktion gegen d'Annunzio nicht bevor. Die italienische Regierung bedarf sich vorläufig mit der strengen Durchführung der Blockade. Die Versuche, die autonomen d'Annunzios zur Vernunft zu bringen, werden fortgesetzt, und erst wenn alles das nichts nützen sollte, sollen militärische Maßnahmen gegen d'Annunzio zur Anwendung kommen. Die Armee d'Annunzios zählt gegenwärtig 50 000 Mann.

Fortbestehen der bayerischen Einwohnerwehr.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ gibt eine Meldung des „Echo de Paris“ wieder, wonach Frankreich infolge der ihm von der bayerischen Regierung gezeigten Sicherheitsverklärung sich veranlaßt sehe, seinen Protest gegen die bestehende bayerische Einwohnerwehr fallen zu lassen. Das genannte Blatt macht diese Meldung zum Gegenstand eines Beistandartikels mit der Überschrift: Die bayerische Einwohnerwehr bleibt.

Eine neue Arbeiterbewegung in Italien?

Die „Tribuna“ berichtet, daß sich eine neue Arbeiterbewegung bemerkbar mache, die diesmal ihren Ausgang in Rom zu nehmen scheint. Die römischen Metall- und Industriearbeiter haben in einer Resolution sich für einen Sympathiestreik mit den Elektrikalarbeitern ausgesprochen. Das römische Elektrizitätswerk steht fortgesetzt unter militärischer Kontrolle.

Südslawische Wahlen.

Das Resultat der Wahlen ist folgendes: Gewählt wurden 102 Radikale, 94 Demokraten, 42 Kommunisten, 51 Bauernpartei (Radik), 33 serbische Bauernpartei, 25 Moslems, 2 katholische Volkspartei und 4 Kroatische Union.

Vernehmungen wegen angeblicher Kriegsgreuel.

Im Dresdener Kriminalgebäude fanden in den letzten Tagen durch den Leipziger Oberstaatsanwalt Dr. Richter umfangreiche Vernehmungen statt. Sie betrafen angeblich in den besetzten Gebieten oder Feindesland verübte Kriegsgreuel usw., deren sich unsere Seerführer und andere schuldig gemacht haben sollen. Es wurden mehrere bekannte Generale, sowie eine Anzahl ehemaliger Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zu Protokoll vernommen.

„Das ist was anderes!“ lautete die Antwort und ein behagliches Lächeln glitt über Niemanns schmale Lippen und ließ sein Gesicht noch widerwärtiger erscheinen. „Wollen Sie mir also Ihre näheren Instruktionen geben und gestatten Sie mir, daß ich dabei gleich einige Notizen mache.“

Niemann holte ein Notizbuch aus der Tasche seines alten Samtwests, legte es vor sich auf den Tisch und den Bleistift daneben und fragte, indem er zum erstenmal seinem Gegenüber in die Augen schaute: „Wie heißt der Herr, um den es sich handelt?“

Baron Altingen, Herbert.

Wie alt?

Etwa 24 bis 25 Jahre.

Wo hält er sich auf?

Augenblicklich hier in Berlin, wohnt im Goltz-Brickel, Zimmer 38. Als besonderen Anhaltspunkt kann ich Ihnen den Umstand noch sagen, daß er in Mailand Musik studierte, um sich zur Oper auszubilden. Das war das letzte, was ich von ihm erfuhr. Und nun taucht dieser Mensch plötzlich vor mir wieder auf und jeder Tag seines Lebens bedeutet für mich eine drohende Gefahr. Mein ganzes seit Jahren gesammeltes Kapital, meine Zukunft steht auf dem Spiel, und hier gilt in der Wortes vollster Bedeutung das an sich so schreckliche Leben um Leben. Ich bin weiß Gott nicht der Mensch der sich vor einem andern fürchtet, aber der Gedanke stündlich einen Verrat erwarten zu müssen, der mich und womöglich einen Kreis meiner Freunde reitungslos in die Luft sprengt, hat etwas so Grauenhaftes für mich, daß ich mich wohl oder übel entschließen muß, bis zum äußersten zu gehen!

Das kann ich Ihnen nicht verdenken, kramte Niemann zu, jeder ist sich nun mal selbst der Rache und der Erhaltungstrieb ist jedem Individuum angeboren. Daß Sie mir die Ausführung Ihrer Pläne anvertrauen, ist insofern sehr klug, als ich, der völlig Unparteiische, die Angelegenheit mit voller Ruhe und Umsicht, ohne jede Leidenschaftlichkeit, die nur den Wut trübt und zu Unvorsichtigkeiten verleitet, anreissen und zu Ende führen kann.

Fortsetzung folgt.

Unpolitische Tageschronik

Wiesbaden. (Die Zahl der Brandfälle) Auf dem Lande nimmt in bedauerlicher Weise zu. Bei der Häufigkeit der Brandfälle muß mit größtmöglicher Vorsicht gerechnet werden, die nach der Meinung der Landesregierung vielfach auf abgewiesene Dampfer zurückzuführen ist.

Königsberg. (Ein Aufsehen erregender Selbstmord.) Die Königsberger „Allgem. Ztg.“ meldet: Der Leiter der hiesigen Erlassungsabteilung des Reichsfinanzamtes Dr. G. hat sich gestern im Polizeigebäude erhängt. Er war unter dem Verdacht von Straftaten verhaftet worden. Seine persönlichen Konten auf den hiesigen Banken sind beschlagnahmt worden.

Rannheim. (Berärgerr: Müller.) Die Unterbadi-Verkehrsvereinsung mit dem Sitz in Weinheim teilt der „Neuen Badischen Landeszeitung“ mit: Die Unterbadi-Verkehrsvereinsung hat zum Selbstschutz ihrer Interessen, da die strafrechtlichen Verfolgungen ihrer Mitglieder unerträglich geworden sind, beschließen, vom 1. Dezember ab bis auf weiteres die Mägen zu schließen. Andere Verbände werden diesem Vorhaben demnächst folgen.

Die Vieheschlacht der Quader. Die Quader haben nunmehr mit der Einführung der Rindersteuung im Besonderen ihre Opposition über das ganze Reich ausgedehnt. Sie haben im letzten Sommer in ganz Deutschland 600 000 Rinder und Mägen mit einer Mähzeit täglich gesperrt und geschlossen, die Zahl der Sperreungen auf 604 000 zu erhöhen. Man hofft mit den in Amerika aufzubringenden Geldern die hauptsächlich von Deutschamerikanern (kommen) die Sperre in dieser Höhe über den in Aussicht stehenden Termin im Februar bis zum 1. Juli fortsetzen zu können.

Die Diktatur der Schülerräte. In Düsseldorf, Solingen und Remscheid hat die Vereinigung der Fortbildungsschüler folgende Forderungen an die Stadtverwaltung gestellt, die für den Geist eines Teiles der heutigen Jugend bezeichnend sind: Anerkennung der Schülerräte, Vertretung der Räte im Schulvorstand, Aufstellung des Lehrplans durch die Schülerräte, Umorganisation der Schul- und Hausordnung durch die Schülerräte, Abschaffung des Schlichtungsrechtes und Amtsenthebung der Lehrer, die sich den Beschlüssen der Schülerräte nicht fügen.

Quer durch Stadt und Land.

Zwangsanleihe und Reichsnotopfer ängstigen viele Geister. Jedermann ist sich klar, daß der ungeheuren Papierinflation in der wir fast ertrinken, gesteuert werden muß und jedermann gibt auch zu, daß etwas Außerordentliches geschehen muß. Aber daß das Außerordentliche gerade ihn treffen soll, das will vielen nicht in den Kopf. Solche Dinge mögen für den Nachbar recht gut sein, aber für sich selber? Da hört eben die Gemütsfreiheit auf, wie in allen Dingen, wo sich's ums teufliche Geld dreht. Steuerzahler! Nun einmal die schwächste Seite der Menschen und etwas steuern können tut jeder für sein Leben gern, denn man meint, das sei keineswegs ein Unrecht. Und der Vater Staat habe ja auch nicht immer ein reines Gewissen in Bezug auf seine Steuerzahler. So sucht jeder Steuerhüne sein Gewissen zu salbieren, um bei einer passenden Gelegenheit einen „gerechten Vorn“ gegen die Steuerdrückberger, die dem Staat nicht geben wollen, was des Staates ist, mit mehr oder weniger Geräusch auszulassen.

Viele Leute zerbrechen sich den Kopf darüber, wohin wir mit dem vielen Papiergeld wollen. Aber was im Verkehr ist an Papiergeld, ist noch lange nicht alles. Denn fast die Hälfte soll nach den Berechnungen von Geheimrat Baumbach-Darmstadt im Lande verstreut gehalten werden; und das ist schon glaubhaft, denn täglich liest man von den seltsamsten Spargeschichten, die sich Papiergeldbankhalter zugelegt haben. Dessen und Herden, Schuppen und Ställe, verwandelt sich so in Tresors, von wo das schöne Geld dann bei Gelegenheit gestohlen wird, oder zum Schornstein rausfliegt, wie man des Lesers hören kann. Das Papiergeldverleihen in Döfen ist übrigens so abel nicht, vorausgesetzt, daß sich's in Rauch und Flamme auflöst, denn das wäre das beste Mittel, der Papierflut zu steuern und die Geheimnisse würden auch dabei profitieren, denn das schwierige Problem der Eindämmung des Papiergeldumlaufs würde dann die Nachtruhe nicht rauben und das übrige Volk, das sein Geld in Döfen und Herden versteckt, würde ja indirekt auch daraus Nutzen ziehen. Also nur fleißig Papiergeld in die Döfen gehetzt, es ist das sicherste Mittel, um dem Papiergeldüberfluß gründlich abzuhelfen.

Ein großer englischer Gelehrter — die englischen Gelehrten sind bekanntlich alle groß — hat eine wunderbare Entdeckung gemacht, die gemeint ist, die Menschen von der Sorge, was sie essen und trinken sollen, bald befreit haben dürfte. Diese Leute der Wissenschaft will nämlich eine Pille erfinden haben, deren Genuß den Menschen in einem Winterschlaf versetzt. Ungezählte Möglichkeiten eröffnen sich. So etwa im Oktober nimmt man in Zukunft mit Ruhe und Regel einige von diesen ausgezeichneten Pillen zu sich, ist sich auf's Ohr und schläft bald wie ein Murmelstein. Der Winterschlaf wäre übrigens nicht zu verachten, man würde nichts hören und nichts sehen, Gasverhinderungen könnten eingeführt werden, solange und soviel, wie man nur wollte. Rechts- und Linkspassiere würde man ruhig verfahren und erst im Frühjahr, wenn die liebe Sonne scheint, würde man mit den merkwürdigen Winterschlafherren erwachen. Eine Unmenge Geld gepirrt und das Bewußtsein, mal endlich ausgeschlafen zu haben. Hoffentlich verjagt der Winterschlaf sein Nachwerk zunächst mal an sich selber, denn die Menschheit wird einen Winter einmal ohne die großen Entdeckungen dieser Winterschlafpillenerfinder auskommen können.

Die Jagden sind heute unglaublich teuer. Ein Hosen- oder Kleiderjäger kostet jetzt ein wahres Sündenlohn. Das ist noch kein Wunder, denn was heute für Jagden erfordert und geboten werden, ist einfach aus Mägenhülle. Man muß also sehr viel Geld haben, wenn sie dem edlen Nachwerk obliegen wollen. Aber nicht nur die Jagd ist heute ein kostspieliges Vergnügen, auch der harmlose Angelfisch ist so teuer geworden, daß ihn sich nur noch Könige, und Revolutionen gewinnender großen Stillschützen können. So ist beispielsweise die Fischelei in zwei Teilen, dem Solzbach und dem Breisbach, die in der Nähe von Hersfeld vorbestehen, bei der jüngsten Versteigerung zweihundertmal so teuer gekommen wie in früheren Jahren. Der frühere Käufer hatte hierfür 1320 Mk. zu zahlen, während der neue Käufer hierfür 1320 Mk. zu zahlen muß. Man kann sich also leicht ausrechnen, welchen Preis ein paar armselige Fischelein, die in bescheidenen Bächen gefangen werden, kosten. Wenn die Gemeinden gegen solche Preise Protest machen, so wird das Jedermann begreifen. Aber die Preise, die für die Jagden Schmunzeln eingestrichen werden, sind monatelang noch mehr als wucherlich. Der Bunde-

Wassermilch
Oetker's
Milch-Eiweiß-Pulver
mit Frischmilch
Mägen & geruchlos, wie
2-3 Eiweiß
für Nahrungsmittel,
Küche, Kaffee,
Sorten.
Nach weiteren Prospekt 6
Anforderungen an die
Küche.

ler der für seine Ware einen zweihundertmal so hohen Preis fordert wie früher wird achseln beim Ohr genommen. Da wäre es also sehr am Platze, daß von oben herab auch dafür gesorgt würde, daß die Gemeinden ihre Mitbürger nicht selber nach Strich und Faden schröpfen.

Den Schulbuben und Schulmädchen wird jetzt die neue Reichsverfassung in die Hand gedrückt, um sie zu erfrischenden Staatsbürgern zu erziehen. Politische Mägenhaftigkeit wird bei uns also in Zukunft nicht mehr geben, denn die Grundlagen unseres ganzen künftigen Lebens werden den Kindern schon recht frühzeitig eingeprägt. Der Gedanke ist gut. Man kann ihm nur Erfolge wünschen, auch wenn man skeptisch der ganzen Sache gegenübersteht. Rund zwei Millionen Mark kostet dem Reich der Spaß jährlich. Da kommt einem aber unwillkürlich der Gedanke, daß es viel nützlicher wäre, den Kindern warme Strümpfe und warme Schuhe zu geben, damit sie gerade in den Wintermonaten neben ihrem hohen Magen noch übermäßig zu frieren brauchen. Die Reichsverfassung im Kopf und einen hohen Magen haben ist sicherlich nicht nach dem Geschmack der Kinder, denen mit einem warmen Frühstück weit mehr gebührt wäre, als mit einer Flut von Paragraphen und Verfassungskommentaren. Mit hohen Magen sind selbst die schönsten Verfassungen nur schwer zu verdauen.

Lokalica

*** Neuer Dirigent.** Der Männer-Gesangverein hat mit seinem bisherigen Dirigenten die Beziehungen gelöst und die Leitung Herrn Musikdirektor Pfeiffer aus Gießen (der bekanntlich auch den „Frohmann“ Oberleutnant leitet) übertragen. Die erste Gesangsstunde unter dem neuen Dirigenten findet am Mittwochabend statt.

*** Versammlung.** Am kommenden Sonntagabend hält die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei im Saale des Herrn v. Krämer eine Mitglieder-Versammlung ab.

*** Die Polizeistunde** ist für die Stadt Boppard an den Wohnhäusern auf halb 11 Uhr und an den Sonntagen auf halb 12 Uhr festgesetzt worden.

*** Aus Füssen** wird uns gemeldet, daß die Bemühungen, das Halten der Büge dortselbst zu erreichen, nun infolge der Tatsachen werden, als vorerst die zwischen Gießen und St. Goarshausen verkehrenden Liebeswagen in Füssen halten für den Verkehr verkehren.

Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 9. Dezember d. Js.
Nachmittags 6 Uhr im Rathhause.

Tagesordnung:

- 1) Wohnungsbau Mitte-Stadt.
- 2) Grundstücksverkauf am Blossberg.
- 3) Ankauf von Baugebieten am Blossberg.
- 4) Verpackung der städtischen Gärten.
- 5) Unterhaltung der Gleisanlage der Kleinbahn innerhalb Stadt.
- 6) Gewährung eines Vortrages an die Sanitätskolonne.
- 7) Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Mägen-einigungsamtes.
- 8) Anderweitige Festsetzung der Tagelöhne der Gemeindevorstände pp.
- 9) Mitteilungen.
- 10) Geheime Sitzung.

Die Geschäftsakte liegen die Mittwoch nachmittags 6 Uhr beim Schriftführer zur Einsichtnahme durch die Stadtverordneten auf.

Der Stadtverordnetenvorsteher
H a g e r.

Beiträgen des Lebensmittelamtes.

Brotausgabe

heute nachmittags in der Bäckerei Otto Eichenbrenner. Abrechnung der Karten vom 8.—12. Uhr.

Verteilung von Roggenmehl

Von der Reichsgetreidekasse ist 75 pCt Auslandsweizenmehl zur Verteilung an die Versorgungsberechtigten geliefert worden. Es kommen auf die Person 600 Gr. im Monat zur Verteilung. Der Preis beträgt 6 Mark für 600 Gr.

Die Abgabe des Mehles erfolgt gegen Abgabe des Kupfes der Brotkarten abwechselnd in den Bäckereien ermäßig in folgender Reihenfolge:

1. bei Bäckerei Otto Eichenbrenner an die in dessen Kundenliste eingetragenen Familien,
 2. im Konsum-Verein:
an Buchstabe A—G bis einschließlich Mittwoch
D—H von Donnerstag an
 3. bei Bäckerei Meschede:
an Buchstabe J—Z bis einschließlich Mittwoch
A—M von Donnerstag an
 4. bei Bäckerei Ratzlaff:
an Buchstabe N—R bis einschließlich Mittwoch
S—Z von Donnerstag an
- Weisheitsverfasser sind ausgeschlossen.

Vaterl. Frauenverein.

Dienstag nachm. 8.30 Uhr

Arbeitsstunde

im Hotel Hammer.

Anschließend

Vorstandssitzung.

Frauen (Missionen-)

Verein

Heute abend 8 Uhr

Versammlung

W. Stueckert

Unterkerstraße 22

empfehlen

Robeßbucklinge.

Keine künstliche Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die „Gohn'sche Dünger-Kultur“

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen nutzlos und losenlos um das dreifache und mehrfache zu vermehren. Keine Verwässerung von Nährstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Nährstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Künne vorrätig hat.

Durch die „Gohn'sche Dünger-Kultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln. Deutsches Reichspatent. D. R. G. M. und Auslands-patente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie: Lizenzanträge, Lizenzen und Anleitung zu Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abhandlungssumme von nur 50 — Mark gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme oder auf Postkassentonto 18784 Frankfurt a. M. abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein beliebiges Buch, sondern um das Ausbesserungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“ befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentrecht bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000 — Mark Geldbuße bestraft und ist schadenersatzpflichtig.

Landwirte! Nichtet Euch für die Frühjahrszeit und befreit sofort „Gohn'sche Düngerkultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt! Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gedruckte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

Deutsche Düngermittel-Industrie

May Gohn, Wiesbaden,

Netto 14.

Amliche Bekanntmachungen.

Nachstehend bringen wir eine Aufstellung über das den Selbstverwaltern von den Mägen zuzurechnende Maßgut zur Kenntnis. Die Ausmahlung von Brotgetreide beträgt 85 pCt. Es müssen daher verabsolgt werden bei Anlieferung von:

Brotgetreide	Mehl	Ale	an Schwund wie gerechnet
kg.	kg. 85 pCt.	kg. 12 pCt.	kg. 8 pCt.
12	10,20	1,44	0,36
24	20,40	2,88	0,72
36	30,60	4,32	1,08
48	40,80	5,76	1,44
60	51	7,20	1,80
72	61,20	8,64	2,16
84	71,40	10,08	2,52
96	81,60	11,52	2,88
108	91,80	12,96	3,24
120	102	14,40	3,60

Der Bürgermeister

Auszug

aus der Anordnung über die Einföhrung von Milch und Speiseeisen.

Die Geburt eines Kindes muß spätestens am 2. Tage angemeldet werden, ebenso der Abgang eines Kindes, das noch nicht 6 Wochen alt ist.

Der Regierungspräsident

Vorstehende Bestimmung wird in Erinnerung gebracht. All. in letzter Zeit erfolgten Meldungen bei welcher die Anmeldung noch nicht geschehen, sind spätestens Donnerstag nachzugehen. Bei Nichteinhaltung wird Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erpartet.

Die Polizei-Verwaltung.

Am Samstag, den 11. Dez., vormittags 10 Uhr kommt der Rest des im Distrikt Boppard — oben auf der Höhe — noch stehenden Holz in mehreren Losen zur Selbstverwertung an Ort und Stelle zur Versteigerung. Die näheren Bedingungen werden im Amtsblatt bekannt gegeben. Zusammenkunft an der Einmündung des aus dem Tale führenden Weges in den oberen Weg.

Der Magistrat.

Weiterbericht.

Fortgesetzt früh und zu Mittag glänzend.

Regenhöhe 0,2 mm.

Find in allen Preislagen zu haben in der
Buchhandlung Domb.

Rudolf Neuhaus.

Buchhandl. Cemb.

Chr. Mieghardt.

empfehlen
Emil Frieda
Eschenbrenner.

3. H.:
Frau Schüring, Vorsitzende.

Chrift. Wiegh. 100